

Antrag für die JHV zur Überweisung an den Jahresparteitag der Frankfurter SPD, der Bezirkskonferenz der Jusos Hessen-Süd und der Landeskonferenz der Jusos Hessen. Weitere Überweisung durch die Gremien an den Landes- und Bundesparteitag der SPD sowie den Bundeskongress der Jusos:

Rechtsanspruch auf einen Masterstudiengang durchsetzen – Durchlässigkeit umsetzen!

Wir Jusos haben den Bologna-Prozess richtig verstanden und daher fordern wir einen Masterstudienplatz für jeden Student und jede Studentin, die einen Bachelor absolviert hat. Der Rechtsanspruch auf ein Masterstudium soll dabei in drei Schritten umgesetzt werden:

1. Damit das Kapazitätsproblem nicht weiter ein Sachzwangargument bleibt, fordern wir die Wissenschaftsministerien der Bundesländer schnellstmöglich auf, sowohl verlässliche als auch aktuelle Zahlen über die Situation der Masterstudienplätze an den Hochschulen einzuholen. Dies fehlt bis dato.
2. Auf Basis dieser Zahlen wird eine Tendenz über die fehlenden Studienplätze der Masterstudiengänge und die entsprechende Nachfrage an den Hochschulen ersichtlich. Darauf aufbauend soll im Rahmen eines Hochschulpakts III die Finanzierung von Seiten des Bundes und der Länder für den Ausbau der fehlenden Masterstudienplätze sichergestellt werden. Vor allem mit Blick auf die doppelten Abitursjahrgänge und der Abschaffung der Wehrpflicht ist eine signifikante Ausweitung zu diesem Zwecke unabdingbar.
3. In einem dritten Schritt fordern wir bis spätestens 2015 die gesetzliche Verankerung des Anspruches auf einen Masterstudienplatz. Die Studiengänge müssen dabei auf den wissenschaftlich und beruflich ausgerichteten Kompetenzerwerb zielen und die Grundlagen selbstständigen wissenschaftlichen Arbeitens sowie fundierte Fach- und Methodenkenntnisse vermitteln. Nur so werden die Ziele eines Studiums, berufliche Qualifizierung und Persönlichkeitsbildung, erreicht und nicht weiter verwässert.
4. Die südhessischen Jusos unterstützten öffentlichkeitswirksam die gemeinsame Erklärung „Studierende haben ein Recht auf einen freien Zugang zum Masterstudium“ von Juso- Hochschulgruppen, freier Zusammenschluss von StudentInnenenschaften, Campusgrün, Linke.SDS, Liberale Hochschulgruppen und der DGB- Jugend.

Begründung:

Ein primäres Ziel von Bologna stellte die stärkere Durchlässigkeit und Mobilität innerhalb des Hochschulsystems dar. Nun zeigt sich in der Umsetzung dieses Ziels ein zerrissenes Bild in der deutschen Hochschullandschaft. Je von Hochschule zu Hochschule respektive von Studiengang zu Studiengang gestaltet sich der Übergang vom Bachelor zum Master sehr individuell. Dabei gibt es sowohl positive als auch negative Beispiele zu nennen. Nichtsdestotrotz müssen wir konstatieren, dass nicht jedem Bachelorabsolvent bzw. Absolventin ein Masterstudiengang bereit gestellt wird und daraus resultierend nicht alle StudentInnen, die einen Master anstreben diesen auch machen können. Die Hochschulen begründen dabei oftmals mit den

begrenzten Studienplatzkapazitäten, die ihnen bei der Aufnahme von BacheloreabsolventInnen fehlen.

Das Ergebnis ist, dass weitere selektive Mechanismen beim Übergang vom Bachelor zum Master eingebaut werden und somit aufgrund von Kapazitätsproblemen StudentInnen grundsätzlich von einem Masterstudium abgehalten werden. Die installierten Hürden wie Numeri Clausi und Auswahlverfahren gehen so zu Lasten der jungen studierwilligen Menschen, da ihnen somit das Recht auf eine freie Bildungs- und Berufswahl genommen wird. Insbesondere vor dem Hintergrund eines nicht vorhandenen berufsqualifizierenden Profils beim Bachelor gestaltet sich dessen berufsqualifizierende Akzeptanz bei ArbeitgeberInnen schwierig. Wir gehen auch davon aus, dass nicht jeder der seinen Bachelor macht auch den Master machen möchte. Jedoch müssen Studentinnen und Studenten die Möglichkeit erhalten selbst darüber zu entscheiden und nicht aufgrund von Sachzwängen daran gehindert werden.